

Unterstützung der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung in Benin (PDDC V)

Benin

Phase V: Juli 2017 – Dezember 2020

Herausforderungen und Interventionskontext

Im Zuge der Verankerung der Demokratie und der Umsetzung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung hat Benin, wie andere afrikanische Länder, eine Reform der Territorialverwaltung eingeleitet. Nach etwa fünfzehn Jahren dieses Dezentralisierungs- und Dekonzentrationsprozesses sind wichtige Fortschritte zu verzeichnen, beginnend bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Dezentralisierung, über die Einrichtung gesetzlicher Grundlagen für die Verwaltung der Gemeindeangestellten, bis hin zur Schaffung von Institutionen für lokale Finanzen (CONAFIL), für die Kapazitätsentwicklung der Kommunalverwaltung (CeFAL) und für die Vertretung der Interessen der Gemeinden (ANCB). Trotz dieser Fortschritte bestehen noch vielfältige Herausforderungen.

Die tatsächliche Berücksichtigung der an die Gemeinden übertragenen Kompetenzen seitens der Zentralregierung sowie eine deutliche Anhebung der Übertragung von Ressourcen an die Gemeinden würden diesen ermöglichen, ihre Aufgaben als Bauherren besser wahrzunehmen und kommunale Investitionen erleichtern. Zudem würde eine Stärkung der Synergien zwischen den staatlichen dezentralisierten Diensten und den Gemeinden die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Basisdienstleistungen für die Bevölkerung ermöglichen. Darüber hinaus steht die optimale Mobilisierung kommunaler Eigeneinnahmen im Mittelpunkt einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gemeinden. Bessere Kenntnisse und Fähigkeiten der demokratisch gewählten lokalen Behörden und der Gemeindeangestellten würden zu einem ordnungsgemäßen Funktionieren der kommunalen Organe und Dienstleistungen führen. Hervorgehoben durch die Agenda 2030 nimmt außerdem der Bedarf an stärkeren Managementkompetenzen der kommunalen Entscheidungsträger/innen zu: es geht darum, nachhaltige Entwicklungspotentiale eigeninitiativ auszuschöpfen; durch den Klimawandel verursachte Risiken kompetent zu mindern; sowie die Beteiligung von Bürger/innen,

vor allem von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, an lokalen Entscheidungsprozessen zu verbessern.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen im Rahmen des Programms zur Förderung der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung (PDDC). Mit Unterstützung der verschiedenen Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Finanzielle Zusammenarbeit, und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für die Technische Zusammenarbeit, fördert das Programm die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung in den Partnergemeinden und ihren besseren Zugang zu Basisdienstleistungen.

Es handelt sich um die fünfte Phase des Programms, die auf vier Vorgängervorhaben seit 2004 baut. Zur Erreichung des Ziels dieser Phase V wird das Vorhaben in vier Handlungsfeldern umgesetzt:

1. Inwertsetzung kommunaler Erfahrungen für die Umsetzung der Agenda 2030;
2. Förderung kommunaler Eigeneinnahmen;
3. Stärkung der Kommunalverwaltung;
4. Förderung der lokalen Demokratie und Bürgerbeteiligung.



Von l. nach r.: Gemeinde Natitingou – Bürger konsultieren eine Anzeigetafel, die die Preise der kommunalen Dienstleistungen der Partnergemeinde Natitingou anbringt; Bürger holen ein Dokument beim Amt für Zivil- und Personenstandwesen ab.

Die Handlungsfelder des Vorhabens

1. Inwertsetzung kommunaler Erfahrungen / Agenda 2030



Dieses Handlungsfeld wendet einen sogenannten « Aufzugsmechanismus » an um die Gemeinden dabei zu unterstützen kommunale Lernerfahrungen zur Umsetzung der Agenda 2030 aufzubereiten und in die Diskussion auf nationaler und/oder internationaler Ebene einzubringen.

Ziel: Wichtige nationale Akteure der Dezentralisierung sind besser über die Bedarfe und Entwicklungspotenziale der Gemeinden informiert.

Erwartete Ergebnisse

- Die Gemeinden verfügen über die erforderlichen Kompetenzen über die Agenda 2030 zur Planung und Umsetzung innovativer und nachhaltiger Maßnahmen;
- Akteure auf nationaler und kommunaler Ebene berücksichtigen die Finanzierung der Agenda 2030 in ihren Allokations- und Ressourcenmobilisierungsstrategien;
- Die gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen beninischen Partnern und Entwicklungspartnern zur Dezentralisierung, Dekonzentration und Raumordnung („GT2DAT“) erörtert die Umsetzung der Empfehlungen aus der jährlichen Monitoring-Sitzung des Sektors (*revue sectorielle GT2DAT*) in Bezug auf die Agenda 2030;
- Nationale Strukturen, Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen bringen aufgearbeitete Lernerfahrungen zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene in nationale und internationale Dialogplattformen ein.

2. Förderung kommunaler Eigeneinnahmen

Zur Zielerreichung setzt das Handlungsfeld auf zwei Ebenen an:

Nationale Ebene

- Förderung des Dialogs und Austausch für eine bessere Gestaltung des rechtlichen Rahmens für die Fiskaldezentralisierung;
- Beratung der Generaldirektion Haushalt und des Ständigen Sekretariats der CONAFIL zur Verbesserung der Wirksamkeit des Finanztransfermechanismus FADeC.

Lokale Ebene

- Unterstützung der Gemeinden für eine bessere Strukturierung und Steuerung der Erhebung von kommunalen Steuern und Abgaben;
- Förderung der Zusammenarbeit aller Akteure, die an der Mobilisierung von kommunalen Eigeneinnahmen beteiligt sind.

Ziel: Die Kapazitäten der beratenen Gemeinden für die Erhebung von Steuern, Gebühren und Abgaben sind verbessert.

Erwartete Ergebnisse

- Der vom Finanz- und vom Dezentralisierungsministerium vorgegebene rechtliche Rahmen ermöglicht eine bessere Verwaltung und Mobilisierung der Eigeneinnahmen;
- Das Finanzministerium stellt die Budgetplanung und die Übertragung von Finanzmitteln an die Gemeinden gemäß der geltenden Vorschriften Gesetzgebung sicher;
- Die Gemeinden entwickeln und setzen Strategien zur Eigeneinnahmensemobilisierung in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und den lokalen Finanzämtern um.

3. Stärkung der Kommunalverwaltung

Dieses Handlungsfeld bietet maßgeschneiderte Beratungsansätze für jede der beratenen Gemeinden und für nationale Strukturen:

Ziel: Die Kapazitäten der beratenden Kommunalverwaltungen zur eigenständigen Steuerung der ihnen übertragenen Zuständigkeitsbereiche sind verbessert.

Erwartete Ergebnisse

- Das CeFAL verfügt über eine leistungsfähige Verwaltung, bietet jährlich ein bedarfsorientiertes Fortbildungsprogramm und knüpft strategische Partnerschaften zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Dienstleistung;
- Die Bürgermeister/innen stärken die Leistungsfähigkeit der Gemeindeangestellten durch ein anreizbasiertes Evaluierungssystem (SEPAC) und verwalten das Personal gemäß der geltenden Gesetzgebung;
- Organisation und Leistungsfähigkeit der Organe und Strukturen der Gemeinde sind gestärkt;
- Unter Berücksichtigung der nationalen Richtlinien bieten die Gemeinden den Bürger/innen eine hochwertige Dienstleistung im Bereich des Personenstandwesens;
- Die Kommunalverwaltung berücksichtigt die Vergabeverfahren gemäß den geltenden Vorschriften und sorgt für eine effektive und effiziente Auftragsverwaltung;
- Die Gemeinden planen, budgetieren und setzen die Instandhaltung der kommunalen Infrastrukturen um;
- Die Gemeinden erarbeiten und setzen ihre jährlichen Investitionspläne (PAI) um. Dabei beziehen sie Akteure der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft ein und berücksichtigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen.



Von l. nach r. : Natitingou, Markt – Ein Steuersammler erhebt eine Gebühr von einer Frau; Bohicon, Rathaus – Gemeindeangestellte tauschen sich über die Ressourcenmobilisierungsstrategie der Gemeinde zur Finanzierung der Agenda 2030 aus.

4. Förderung der lokalen

Demokratie und Bürgerbeteiligung



Dieses Handlungsfeld wird durch den Europäischen Entwicklungsfonds ko-finanziert zur Umsetzung der Komponente 2.2 des Programms zur Förderung der Zivilgesellschaft (RePaSOC) mit dem Ziel, die effektive Beteiligung der Bürger/innen und ihrer Organisationen an Multi-Akteurs-Kooperationsrahmen und -mechanismen auf lokaler Ebene zu stärken, die Transparenz in der Verwendung öffentlicher Finanzen zu fördern und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu priorisieren.

Ziele:

1. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, dezentralisierten Diensten und Vertreter/innen der Zivilgesellschaft ist verbessert;
2. Die Gemeinderäte/innen sind in ihren öffentlichen Aufgaben als Vertreter/innen der Bürger/innen sowie als Kontrolle der Exekutive gestärkt.

Erwartete Ergebnisse

- Die Gemeinderäte/innen kontrollieren die Handlungen der Exekutive;
- Die Gemeinderäte und -verwaltungen erleichtern den Dialog mit der Zivilgesellschaft und fördern die Bürgerbeteiligung;
- Die zivilgesellschaftlichen Organisationen üben ihre *Watchdog*-Funktion über die Aktivitäten der Gemeinden effektiv aus und beteiligen sich konstruktiv an der kommunalen Verwaltung und Rechenschaftslegung;
- Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bereiten Lernerfahrungen auf und bringen sie auf nationaler Ebene in die Reformdiskussion über die Dezentralisierung ein;
- Lokale Entwicklungsprobleme werden gemeinsam von allen beteiligten Akteuren (Kommunen, Zivilgesellschaft, staatliche dezentrale Dienste, Privatsektor) gelöst.

Herausforderungen für die Zukunft

- Einrichtung eines Monitoring- und Evaluierungssystems der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) auf kommunaler Ebene;
- Operationalisierung des Index für lokale Regierungsführung (IGL);
- Mobilisierung von Ressourcen zur Finanzierung der Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene;
- Formulierung eines Rechtsrahmens durch das MEF und das MDGL, der eine bessere Verwaltung und Mobilisierung der kommunalen Einnahmen fördert und mit der Einbeziehung des ANCB und der Gemeinden konzipiert und umgesetzt wird;
- Entwicklung von Strategien zur Mobilisierung von steuerlichen und nichtsteuerlichen Einnahmen auf kommunaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit dem MEF und zivilgesellschaftlichen Vertretern/innen;
- Unbefangene Nutzung des Evaluierungssystems (SEPAC) durch alle Gemeinden zur Bewertung und Förderung der Gemeindeangestellten;
- Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Dienstleistung im Bereich des Personenstandwesens unter Berücksichtigung der nationalen Richtlinien;
- Nutzung und Fortbestehen von Dialogmechanismen zwischen Gemeinde und Bürgern;
- Effektive Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen von Frauen, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen bei der Planung, Durchführung und Bewertung von Entwicklungsmaßnahmen auf lokaler Ebene.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft in Bonn und Eschborn, Deutschland

Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und
Kommunalentwicklung (PDDC V)
08 B.P. 1132 Tri Postal Cotonou, Benin
T + 229/21 30 81 28
F + 229/21 31 13 35
gizbenin@giz.de

www.giz.de/de/weltweit/18977.html

Author

PDDC

Lay-out

PDDC

Stand

July 2020

In Kooperation mit



Für

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Abteilung

Referat 202, Westafrika II, Madagascar

Adressen des BMZ

BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501
--	---

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de